

LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2007

Einzelplan 01

für den Geschäftsbereich des

Hessischen Landtags

I N H A L T

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
01 01	Landtag	6
01 03	Datenschutzbeauftragter	41
01 98	Versorgung	59
	Abschluss des Einzelplans	62
	Stellenpläne, Stellenübersichten	65

V o r w o r t z u m E i n z e l p l a n

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 01 weist die Einnahmen und Ausgaben des Landesparlaments und seiner Verwaltung aus.

Nach dem Landtagswahlgesetz in der Fassung vom 19. Februar 1990 (GVBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2005 (GVBl. I S. 839), besteht der Hessische Landtag aus 110 Abgeordneten. Die Abgeordneten der derzeitigen 16. Wahlperiode wurden am 2. Februar 2003 gewählt. Die Wahlperiode begann am 5. April 2003 und endet - falls nicht der Landtag seine vorzeitige Auflösung beschließen sollte - am 4. April 2008.

Rechtsstellung und Aufgaben des Landtags sind im Wesentlichen in den Abschnitten IV bis VI des Zweiten Hauptteils der Landesverfassung festgelegt. Seine Organisation und Arbeitsweise im Einzelnen regelt der Landtag nach Art. 99 HV durch seine Geschäftsordnung vom 16. Dezember 1993 (GVBl. I S. 628), geändert und neu in Kraft gesetzt am 5. April 2003 (GVBl. I S. 110), zuletzt geändert am 16. Juni 2004 (GVBl. I S. 223). Außer dem Präsidium, dem Ältestenrat und dem Hauptausschuss (Ständiger Ausschuss nach Art. 93 HV) bestehen zur Vorberatung der Vorlagen, über die der Landtag zu beschließen hat, 10 Fachausschüsse mit mehreren Unterausschüssen.

Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Landtag ergeben sich aus dem Hessischen Fraktionsgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 106).

Die Verwaltung des Landtags obliegt nach der Verfassung und der Geschäftsordnung dem Landtagspräsidenten, der hierbei mit dem Präsidium zusammenwirkt; für den Bereich des Landtags vertritt der Landtagspräsident das Land Hessen.

Der Präsident bedient sich zur Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten der Kanzlei des Landtags.

Zum Geschäftsbereich des Landtags gehört der Hessische Datenschutzbeauftragte, dessen Einnahmen und Ausgaben in einem eigenen Kapitel ausgewiesen sind (Kap. 01 03).

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 01		2007	2006
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—
1	Eigene Einnahmen	2 043 700	118 100
2	Übertragungseinnahmen	—	5 500
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	15 400	384 500
Gesamteinnahmen		2 059 100	508 100
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	32 133 800	31 455 100
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	4 903 200	4 634 600
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—
6	Übertragungsausgaben	7 285 500	5 439 400
7	Bausausgaben	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	1 330 300	3 424 000
9	Besondere Finanzierungsausgaben	543 300	297 800
Gesamtausgaben		46 196 100	45 250 900
Zuschuss / Überschuss		-44 137 000	-44 742 800

C. Personalsoll des Einzelplan 01

	Stellen			
	2007	davon Leerstellen	2006	davon Leerstellen
Beamte und Richter	92,0	3,5	91,0	3,5
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—,—	—,—	—,—	—,—
Angestellte	81,5	1,0	75,5	1,0
davon Auszubildende	3,0		3,0	
Arbeiter	28,5	—,—	31,0	1,0
davon Auszubildende	—,—		—,—	
Zusammen	202,0	4,5	197,5	5,5

D. Neue Verwaltungssteuerung (NVS)

Ab dem Haushaltsjahr 2000 soll bis zum Jahr 2008 die bisherige kamerale Haushaltsführung auf eine ergebnisorientierte Haushaltssteuerung (Produkthaushalt) umgestellt werden. Die neue Haushaltssteuerung beruht auf der doppelten Buchführung mit Kosten- und Leistungsrechnung sowie entsprechendem Controlling und sieht eine leistungsorientierte Mittelzuweisung mit dezentralen Kostenbudgets und dezentraler Kostenverantwortung vor.

Bis zur Umstellung auf die ergebnisorientierte Haushaltssteuerung werden die Verwaltungseinheiten weiter auf kameraler Basis nach den Grundsätzen des sog. Rauschholzhausener Modells budgetiert. Weiterhin wurden in sich zeitlich überschneidenden Staffeln bis zum Jahr 2004 in allen Einführungsprojekten (Mandanten) das kaufmännische Rechnungswesen mit Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt und Produkte definiert mit dem Ziel, den Haushalt ab 2007 beginnend auf Basis einer leistungsorientierten Mittelzuweisung (Produkthaushalt) aufzustellen.

Einzelheiten sind in der von der Landesregierung festgelegten Staffelpassung geregelt.

Danach haben der Landtag (Kap. 01 01) und der Datenschutzbeauftragte (Kap. 01 03) zum 01.01.2004 mit der kaufmännischen Buchführung begonnen. Sie stellen den Haushalt 2007 als Produkthaushalt auf.

E. Zielsysteme des Hessischen Landtags und des Hessischen Datenschutzbeauftragten

Oberziel des Hessischen Landtags

Hessen ist eine parlamentarische und demokratische Republik. In der parlamentarischen Demokratie ist das Parlament das oberste Organ der politischen Willensbildung. Einzig das Parlament verfügt über die demokratische Legitimität durch vom Volk gewählte Vertreter. Wichtigste Aufgaben des Parlaments sind neben Gesetzgebung sowie Regierungskontrolle die Artikulations- und Öffentlichkeitsfunktion. Das parlamentarische Budgetrecht ist das Herzstück jeder parlamentarischen Kontrolle. Im Rahmen der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) muss das Parlament darauf bedacht sein, durch differenzierte Steuerungsinstrumente das parlamentarische Budgetrecht wahrzunehmen. Die Parlamentsverwaltung dient der Unterstützung des Parlaments, seiner Organe und seiner Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der verfassungsrechtlich normierten Parlamentsfunktion. Das Oberziel der Parlamentsverwaltung lautet:

"Die politische Steuerungsfunktion des Parlaments sicherstellen."

Alle Produkte des Einzelplans 01 - Kapitel 01 01 - dienen der Umsetzung von Zielen, die zu diesem Oberziel zusammengefasst sind.

Ziele	Plankosten	Plankosten	Istkosten
	2007	2006	2005
	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR
Ziel 1: Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten - Leistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Fraktionen (Produkt-Nr. 1)	7.920,0	–	–
Ziel 2: Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen - Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen (Produkt-Nr. 2)	3.069,0	–	–
Ziel 3: Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen - Begleitung von Petitionen (Produkt-Nr. 3)	788,0	–	–
Ziel 4: Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren - Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit (Produkt-Nr. 4) - Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung (Produkt-Nr. 5)	719,0 1.399,0	– –	– –

Oberziel des Hessischen Datenschutzbeauftragten

Hessen hat die Institution des Hessischen Datenschutzbeauftragten geschaffen und ihm mit dem Hessischen Datenschutzgesetz Aufgaben zugewiesen, die er in völliger Unabhängigkeit ausübt. Er ist dem Parlament und der Regierung über das Ergebnis seiner Tätigkeit berichtspflichtig. Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat alle Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie die der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, datenschutzrechtlich zu prüfen und zu beraten, Bürgeranfragen zu behandeln, die technische Entwicklung zu beobachten, Informationen bereitzustellen sowie gesetzgeberische und administrative Vorhaben beratend zu begleiten. Mit seiner Aufgabenerfüllung verfolgt er das Oberziel:

"Zur Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, zur Erreichung einer in datenschutzrechtlicher Hinsicht auf Dauer sicheren, grundrechtskonformen und bürgerfreundlichen Verwaltung, beitragen."

Ziele	Plankosten	Plankosten	Istkosten
	2007	2006	2005
	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR
Ziel 1: Den Schutz des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, sicherstellen. - Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen (Produkt-Nr. 6)	2.027,0	–	–
Ziel 2: Die Beachtung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei normativen Regelungsvorhaben und Entscheidungen sicherstellen. - Stellungnahme zu Normsetzungen / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament (Produkt-Nr. 7)	230,0	–	–

F. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Die Kapitel 01 01 und 01 03 werden erstmals als Produkthaushalt aufgestellt.

Die Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen sind im kameralen Teil des Kapitels 01 01 bei Gruppe 684 einschließlich des Aufkommens der vom Landtag zur Verfügung gestellten Planstellen und Stellen nachgewiesen. Das Aufkommen der Planstellen und Stellen ist erstmals brutto, d. h. einschließlich kalkulatorischer Anteile (Versorgungszuschlag) veranschlagt, und ist dem Landtag im Falle der Inanspruchnahme von Planstellen und Stellen durch Fraktionen zu erstatten. Die korrespondierenden Einnahmen sind in Höhe des Aufkommens der Planstellen und Stellen bei Gruppe 119 veranschlagt.

Wirtschaftsplan

A. Vorbemerkungen

Der Wirtschaftsplan weist die Produkte, Leistungen und Projekte der Kanzlei des Landtags sowie die Aufwendungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene, für Fraktionen des Landtags und für Landesverbände der Parteien oder andere Träger von Wahlvorschlägen zu Landtagswahlen einschließlich der zugehörigen Erfolgs- und Finanzplanung aus:

Der Hessische Landtag besteht aus 110 vom Volk gewählten Abgeordneten.

Der Landtag wählt den Präsidenten, seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes (Art. 84 Hessische Verfassung - HV).

Der Präsident verwaltet die gesamten wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landtags nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes (Art. 86 HV).

Das Präsidium ist der Vorstand des Landtags im Sinne der Art. 84 und 86 HV. Es beschließt über die inneren Angelegenheiten des Landtags, soweit deren Regelung nicht der Präsidentin oder dem Präsidenten nach Art. 86 HV oder dem Ältestenrat vorbehalten ist (§ 46 Abs. 1 Geschäftsordnung - GO). Das Präsidium stellt insbesondere den Voranschlag des Haushaltsplans für den Landtag fest und kann Vorschriften über die Benutzung der Einrichtungen des Landtags erlassen (§ 46 Abs. 2 GO).

Der Direktor beim Landtag ist der ständige Vertreter des Präsidenten in Angelegenheiten der Kanzlei. Er leitet verantwortlich die Kanzlei.

Die Kanzlei des Landtags gliedert sich in ein Präsidialbüro und zwei Abteilungen (Unmittelbare Parlamentsaufgaben; Mittelbare Parlamentsaufgaben).

Aufgabe der Kanzlei des Landtags ist die Unterstützung des Präsidenten bei der Durchführung seiner Verwaltungsaufgaben, die Vorbereitung der Sitzungen des Landtags und der Ausschüsse, die Entgegennahme von Gesetzentwürfen, Anträgen, sonstigen Vorlagen, Eingaben und anderen an den Landtag gerichteten Schriftstücken und deren vorbereitende Bearbeitung (§ 107 Abs. GO).

Die Kanzlei erbringt Leistungen im Rahmen von Protokollanlässen, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen sowie zur Förderung politischer Bildung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Zahlungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene. Die Leistungen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Leistungen an die vier Fraktionen, zu denen sich die Mitglieder des Landtags zusammengeschlossen haben. Die Leistungen an die Fraktionen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung. Die Höhe der Mittel nach § 3 Hessisches Fraktionsgesetz sowie die Leistungen nach § 2 Abs. 2 Hessisches Fraktionsgesetz für das Haushaltsjahr 2007 werden mit diesem Haushaltsplan festgesetzt (Abschnitt D. lfd. Nr. 3).

Die Kanzlei erbringt die Zahlungen an die Landesverbände der Parteien und sonstige Träger von Wahlvorschlägen nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes.

Für die Kanzlei des Landtags wurden fünf Produkte

- Dienstleistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Fraktionen
 - Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen
 - Begleitung von Petitionen
 - Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit
 - Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung
- und zwei Projekte
- Untersuchungsausschuss 16/2
 - Untersuchungsausschuss 16/3

gebildet, die in den Erläuterungen zum Leistungsplan beschrieben werden.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Die Aufwendungen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG), nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz), nach dem Gesetz über die Wahlen zum Landtag des Landes Hessen (Landtagswahlgesetz - LWG) und dem Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz - PartG) werden im Abschnitt "Kostenträger der Legislative" nachgewiesen.

Zum Buchungskreis 2010 gehört der Hessische Datenschutzbeauftragte, der einen eigenen Wirtschaftsplan aufstellt.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich grundsätzlich nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Überschreitungen / Unterschreitungen von Mengen und Kosten sind je Produkt im Rahmen der Produktabgeltung bis zu 10 v.H. der jeweiligen Produktmenge zulässig.

Die Ansätze der Produkte Nr. 2 und 3 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ansätze der Produkte Nr. 4 und 5 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ansätze aller Produkte sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Projekte.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, dürfen zur Verstärkung der Produkte 4 und 5 verwendet werden.

In der Einführungsphase des Produkthaushalts können Abweichungen bei Überschreitungen/ Unterschreitungen von Mengen mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen abweichend vom festgelegten Korridor erfolgen.

Die erstmals für den Haushaltsplan 2007 in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen bzw. Kennzahldefinitionen sind noch nicht verbindlich. Sie werden bis zum Jahr 2008 auf der Grundlage des BSC-Methode überarbeitet. Die festgelegten Vorgaben und Kennzahlen sollen nach Möglichkeit erreicht werden.

Erfolgsplan

50 v.H. des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt. Ausnahmen sind zulässig; sie bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, werden bei der Ermittlung des Jahresüberschusses wie Einnahmen aus laufenden Geschäften behandelt.

Finanzplan

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kameralen Rumpfhaushalt

Siehe kameralen Haushalt.

Zum 31.12.2005 besteht eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 1.836.653,96 EUR.

Zum 31.12.2005 besteht eine Investitionsrücklage in Höhe von 86.098,18 EUR.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

D. Sonstige Bemerkungen

Leistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebene

Für Zahlungen ist eine Abgeltung (kameraler Zuschuss) in Höhe von 21.244.600 EUR geplant, die sich wie folgt verteilt:

	EUR	EUR
Entschädigungen und Unterstützungen an Abgeordnete:	–	15.656.900
1. Entschädigung (§ 5)	8.376.400	
2. Tage- und Übernachtungsgelder (§ 6 Abs. 1 Nr. 3)	449.000	
3. Vergütungen für Mitarbeiter (§ 6 Abs. 1 Nr. 4)	4.593.000	
4. Kostenpauschale (§ 6 Abs. 1 Nr. 5)	693.000	
5. Fahrkosten (§ 7)	1.274.500	
6. Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (§ 16)	256.000	
7. Unterstützungen (17)	15.000	
Zusammen	15.656.900	
Zahlungen an ausgeschiedene Abgeordnete des Landtags sowie deren Hinterbliebene (einschließlich Übergangsgeld und Unterstützungen)	–	5.587.700
Summe:	–	21.244.600

Zahlung nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes

Es ist eine Abgeltung (kameraler Zuschuss) in Höhe von 1.328.200 EUR geplant.

Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen

Es sind Aufwendungen in Höhe von 5.871.700 EUR geplant, die sich wie folgt verteilen:

	EUR	EUR
CDU	–	1.755.405
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (56 x 10 778 EUR)	603.568	
Stellenaufkommen von 5 Planstellen	467.196	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	244.441	
Zusammen	1.755.405	
SPD	–	1.645.123
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (33 x 10 778 EUR)	355.674	
Oppositionszuschlag	132.794	
Stellenaufkommen von 5 Planstellen	467.196	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	249.259	
Zusammen	1.645.123	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	1.216.619
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (12 x 10 778 EUR)	129.336	
Oppositionszuschlag	51.868	
Stellenaufkommen von 3 Planstellen	257.064	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	338.151	
Zusammen	1.216.619	
FDP	–	1.254.477
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (9 x 10 778 EUR)	97.002	
Oppositionszuschlag	40.307	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen bzw. Stellen	676.968	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	–	
Zusammen	1.254.477	
Summe	–	5.871.624

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Die Jahresgrundbeträge, die Jahresbeträge für jedes Mitglied, das Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen und der Oppositionszuschlag in Höhe von 4.003.200 EUR werden an die Fraktionen des Landtags in monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt.

Bedienstete erhalten die Fraktionen zu Lasten der zugeordneten Planstellen bzw. Stellen und des zugehörigen Stellenaufkommens zur Verfügung gestellt. Werden Planstellen bzw. Stellen für einen vollen Monat nicht in Anspruch genommen, wird das für die Planstellen bzw. Stellen eingeplante Aufkommen, vermindert um den Versorgungszuschlag, an die jeweilige Fraktion ausgezahlt.

Abführungen an andere Buchungskreise

Pro beihilfeberechtigtem Beamten (Stand 01.02.06) führt die Kanzlei des Landtags 1.950 EUR im Jahr an den Buchungskreis 2520 (Sonstige Zentrale Aufgaben) ab. Es ist ein Abführungsbetrag in Höhe von insgesamt 119.000 EUR geplant.

Für das Tarifpersonal (Stand 01.02.06) führt die Kanzlei des Landtags mandantenbezogene Beitragsleistungen zur gesetzlichen Unfallversicherung an den Buchungskreis 2799 (Besondere Transferleistungen) ab. Es ist ein Abführungsbetrag in Höhe von insgesamt 17.800 EUR geplant.

Für an den Hessischen Landtag abgeordnetes Personal erstattet die Kanzlei des Landtags die Personalkosten an die abgebenden Buchungskreise. Für Erstattungen an den Buchungskreis 2410 (Ordentliche Gerichtsbarkeit) ist ein Abführungsbetrag in Höhe von insgesamt 76.900 EUR geplant.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind folgende Kosten auf den betroffenen Kostenstellen und Innenaufträgen geplant:

Hessische Bezügestelle (HBS)	69.200 Euro
Hessisches Competence Center (F-HCC und HCC-Schulung)	186.200 Euro
OFD Frankfurt/Main (Umlage für 10 Dienstfahrzeuge)	2.400 Euro

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	Produkte / Projekte	Soll 2007				
		Menge 1)	Gesamtkosten	Eigene Erlöse	Produktabgeltung	Ergebnis
Produkte						
1	Dienstleistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Fraktionen	14.200	7.920	0	7.920	0
2	Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen	32.600	3.069	0	3.069	0
3	Begleitung von Petitionen	9.800	788	0	788	0
4	Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit	6.700	719	0	719	0
5	Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung	7.700	1.399	0	1.399	0
Summe			13.895	0	13.895	0
Projekte						
1	Untersuchungsausschuss 16/2	180	23	0	23	0
2	Untersuchungsausschuss 16/3	-	70	0	70	0
Summe			93	0	93	0
Zwischensumme			13.988	0	13.988	0

Nr	Externe und zwischenbehördliche Leistungen	Soll 2007				
		Menge 1)	Gesamtkosten	Eigene Erlöse	Produktabgeltung	Ergebnis
Externe Leistungen						
1	Herstellung, Druck und Kopie für Externe	-	0	0	0	0
2	Vorbereitung und Durchführung von Fremdveranstaltungen	575	56	56	0	0
Summe Externe Leistungen			56	56	0	0
Zwischenbehördliche Leistungen						
1	Ausbildung von Rechtsreferendaren	20	2	0	2	0
2	Geschäftsführung der Härtefallkommission	1.600	108	0	108	0
3	Veranstaltungen, Pressekonferenzen	15	1	0	1	0
4	Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise	240	28	0	28	0
Summe Zwischenbehördliche Leistungen			139	0	139	0
Zwischensumme			195	56	139	0
Gesamtsumme			14.183	56	14.127	0

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2006					Ist 2005				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
0					0				
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
0					0				
0					0				

Soll 2006					Ist 2005				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
0					0				
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
0					0				
0					0				
0					0				

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	Kosten der Legislative	Soll 2007				
		Menge	Gesamtkosten*	Eigene Erlöse	Produkt-Abgeltung	Ergebnis
1	Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	-	16.626	0	16.626	0
2	Zahlungen an Fraktionen und Parteien	-	7.200	0	7.200	0
3	Übergangsleistungen für ehemalige Abgeordnete	-	36	0	36	0
4	Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	-	5.552	0	5.552	0
Summe			29.414	0	29.414	0

* Beträge in der folgenden Darstellung enthalten - im Gegensatz zum Bereich Produkte, Projekte, externe und zwischenbehördliche Leistungen - zusätzlich zu betriebsbedingten Kosten und Erlösen auch CO-neutrale Bestandteile.

1) Bei unterschiedlicher Zählgröße sowie Veränderungen gegenüber dem Vorjahr siehe nähere Angaben auf Produktblatt

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2006					Ist 2005				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
	0	0	0	0		0	0	0	0

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1:

Bezeichnung: Dienstleistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Fraktionen

1. Erbringer (z.B. zuständige Dienststelle)

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Abgeordnetengesetz, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Parteiengesetz, Fraktionsgesetz, usw.

3. Kurzbeschreibung des Produkts/Leistungen zum Produkt

Mit dem Produkt werden die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Abgeordneten für ihre Parlamentsarbeit geschaffen.

Das Produkt setzt sich u.a. aus folgenden Leistungen zusammen:

- Repräsentanz des Landtags nach Außen,
- Vertretung der Abgeordneten in verschiedenen Gremien (Partnerregionen, europäische Gremien, u.a.),
- Rechtsberatung der Abgeordneten in Parlamentsangelegenheiten,
- Serviceleistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene (Entschädigungszahlungen, Übergangsgeld, Versorgungszahlungen, Beihilfe, Reisekosten u. ä.),
- Informationsvermittlung für Abgeordnete (Bibliotheksdienst, Landtagsinfosystem, Pressepiegel),
- Betreuung der ehemaligen Abgeordneten (Verein der Ehemaligen),
- personalwirtschaftliche Betreuung der Mitarbeiter von Abgeordneten,
- Bereitstellung und Unterhaltung von Büro- u. Sitzungsräumen,
- Fahrdienste,
- Bereitstellung von IT Hard- und Software
- Bearbeitung und Prüfung Fraktions-/Parteienfinanzierung

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"

Ziel "Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten"

5. Empfänger

Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Fraktionen im Hessischen Landtag

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Anzahl von Beratungseinheiten

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten

14.200 Beratungseinheiten entsprechen 557,71 EUR je Beratungseinheit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Kostenartenschichtung (in EUR)

Personalkosten	1.756.064
Sachkosten	538.197
Kalkulatorische Kosten	1.244.000
Sonstige Kosten *	6.249.691
Gesamtkosten	9.787.952
Erlöse	1.868.424
Produktabgeltung	7.919.528

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Bewertung der Qualität der Infrastrukturleistungen durch die Abgeordneten

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Durchschnittlicher Aufwand pro ausgezahlter Reiskostenabrechnung
- Durchschnittlicher Aufwand pro Beihilfeantrag

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

- Anzahl Beratungseinheiten zur Bearbeitung der Reisekosten
- Anzahl Beratungseinheiten zur Berechnung und Auszahlung von Beihilfeanträgen
- Anzahl Beratungseinheiten für Abgeordnetenversorgung

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

- Durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Reisekostenberechnung
- Antragsbestand von Reisekostenanträgen
- Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen
- Bestand an zu bearbeitende Beihilfeanträgen
- Durchschnittlicher Zeitaufwand zur Berechnung von Ruhestandsgelder je Ruheständler

8.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

-

9. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Produkt

-

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2:

Bezeichnung: Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen

1. Erbringer (z.B. zuständige Dienststelle)

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Hessische Verfassung, Bundesgesetze, Landesgesetze, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, usw.

3. Kurzbeschreibung des Produkts/Leistungen zum Produkt

Mit dem Produkt wird der Ablauf der parlamentarischen Initiativen und des Gesetzgebungsverfahrens innerhalb des Parlaments gewährleistet.

Das Produkt setzt sich u.a. aus folgenden Leistungen zusammen:

- Geschäftsmäßige Bearbeitung von Gesetzesinitiativen und diese betreffenden Anträgen,
- Geschäftsmäßige Bearbeitung von parlamentarischen Initiativen,
- Geschäftsführung Ältestenrat,
- Geschäftsführung Plenum,
- Begleitung von Wahlen interner und externer Gremien,
- Geheimschutz (Gremien),
- Geschäftsführung der Fachausschüsse,
- Geschäftsführung der Enquetekommissionen "Demografie" und "Verfassung",
- Bearbeitung und Erstellung von Ausschussprotokollen, Plenarprotokollen, Protokollen für Enquetekommissionen, Untersuchungsausschüssen und für Präsidium und Ältestenrat,
- Sitzungsdienst Plenum,
- Organisation und Durchführung von Anhörungen,
- Parlamentsdokumentation,
- Reisemanagement im Gesetzgebungsverfahren (Ausschussreisen),
- Herstellung und Druck von Protokollen und Drucksachen,
- Planung und Einführung von Workflow

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"

Ziel "Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen"

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hess. Landtag, Landesregierung, Öffentlichkeit

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Anzahl von Beratungseinheiten

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten

32.600 Beratungseinheiten entsprechen 94,14 EUR je Beratungseinheit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Kostenartenschichtung (in EUR)

Personalkosten	1.316.413
Sachkosten	268.431
Kalkulatorische Kosten	71.143
Sonstige Kosten *	1.413.078
Gesamtkosten	3.069.065
Erlöse	-
Produktabgeltung	3.069.065

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

-

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Durchschnittlicher Aufwand pro Sitzungsstunde

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

- Anzahl der begleiteten parlamentarischen Initiativen
- Anzahl Sitzungsstunden Plenum/Ausschusssitzungen

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

- Durchschnittliche Bearbeitungsdauer zur Erstellung von Sitzungsprotokollen
- Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Initiativen innerhalb der Kanzlei

8.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

-

9. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Produkt

-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 3:

Bezeichnung: Begleitung von Petitionen

1. Erbringer (z.B. zuständige Dienststelle)

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Hessische Verfassung, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien des Landes Hessen (GGO), Bundesgesetze, Landesgesetze, usw.

3. Kurzbeschreibung des Produkts/Leistungen zum Produkt

Mit dem Produkt wird die parlamentarische Bearbeitung von Petitionen sichergestellt.

Das Produkt setzt sich u.a. aus folgenden Leistungen zusammen:

- Bearbeitung von Petitionen,
- Geschäftsführung und Protokolle für PTA und VPK,
- Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Petitionen,
- Reisemanagement für Petitionsausschussreise

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"

Ziel "Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen"

5. Empfänger

Abgeordnete, Ausschüsse, Fraktionen, Petenten, Landesregierung, Bundestag und andere Landtage

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Anzahl von Beratungseinheiten

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten

9.800 Beratungseinheiten entsprechen 80,37 EUR je Beratungseinheit

Kostenartenschichtung (in EUR)

Personalkosten	413.252
Sachkosten	14.598
Kalkulatorische Kosten	16.769
Sonstige Kosten *	342.977
Gesamtkosten	787.596
Erlöse	-
Produktabgeltung	787.596

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Quote der erledigten Petitionen

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Durchschnittlicher Aufwand pro Petition

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

- Anzahl eingegangener Petitionen
- Anzahl der erledigten Petitionen

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

- Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Petitionen
- Bestand an noch nicht abgeschlossener Petitionen
- Durchschnittliche Dauer bis zur Bescheiderstellung durch die Landesregierung

8.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

-

9. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Produkt

-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 4:

Bezeichnung: Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit

1. Erbringer (z.B. zuständige Dienststelle)

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Kurzbeschreibung des Produkts/Leistungen zum Produkt

Mit dem Produkt werden protokollarische Anlässe und offizielle Veranstaltungen des Landtags durchgeführt.

Das Produkt setzt sich u.a. aus folgenden Leistungen zusammen:

- Pressestelle im Hessischen Landtag,
- Organisation der Teilnahme des Landtags am Hessestag,
- Assistenztätigkeit für den Landtagspräsidenten
- Organisation und Durchführung von großen und kleinen Protokollanlässen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete, Fraktionen im Hess. Landtag und die Öffentlichkeit

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Anzahl von Beratungseinheiten

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten

6.700 Beratungseinheiten entsprechen 107,30 EUR je Beratungseinheit.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Personalkosten	288.784
Sachkosten	166.963
Kalkulatorische Kosten	14.244
Sonstige Kosten *	248.945
Gesamtkosten	718.936
Erlöse	-
Produktabgeltung	718.936

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Bekanntheitsgrad des Landtags bei den Bürgern

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Durchschnittliche Kosten je kleinem Protokollanlass
- Durchschnittliche Kosten je großem Protokollanlass

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

- Anzahl der durchgeführten Protokollanlässe

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

- Durchschnittlicher Zeitaufwand je kleinem Protokollanlass
- Durchschnittlicher Zeitaufwand je großem Protokollanlass

8.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

- Zufriedenheit des Auftraggebers mit der Abwicklung von Protokollanlässen

9. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Produkt

-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 5:

Bezeichnung: Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung

1. Erbringer (z.B. zuständige Dienststelle)

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Geschäftsordnung des. Hessischen Landtags, usw.

3. Kurzbeschreibung des Produkts/Leistungen zum Produkt

Mit diesem Produkt wird die Darstellung des Landtags in der Öffentlichkeit sichergestellt.

Das Produkt setzt sich u.a. aus folgenden Leistungen zusammen:

- Betreuung Landtagswebsite,
- Besucherdienst und Führungen,
- Organisation und Durchführung von Großveranstaltungen,
- Organisation und Durchführung von großen und kleinen Eigenveranstaltungen,
- Verfassen und Herausgabe von Publikationen,
- Organisation und Durchführung von Seminaren der politischen Bildung
- Entwicklung und Pflege der Abgeordnetendatenbank (HAI) und des amtlichen Handbuchs

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag und die Öffentlichkeit

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Anzahl Beratungseinheiten

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten

7.700 Beratungseinheiten entsprechen 181,68 EUR je Beratungseinheit.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Personalkosten	333.256
Sachkosten	516.349
Kalkulatorische Kosten	216.143
Sonstige Kosten *	333.187
Gesamtkosten	1.398.935
Erlöse	-
Produktabgeltung	1.398.935

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Image des Landtags bei der Bevölkerung

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Durchschnittliche Kosten je Besucher
- Durchschnittliche Kosten je Seminarteilnehmertag

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

- Anzahl der Zugriffe auf das Internetangebot des Landtags
- Anzahl Seminarteilnehmertage
- Anzahl Besucher

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

- Durchschnittliche Größe von Besuchergruppen
- Durchschnittlicher Zeitaufwand für die Vorbereitung und Durchführung je Seminar

8.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

- Zufriedenheit mit der Besucherbetreuung
- Zufriedenheit mit dem Seminarangebot

9. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Produkt

-

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu externer Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Herstellung, Druck und Kopie für Externe

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Bestellung von Externen und Genehmigung durch den Landtagspräsidenten

3. Kurzbeschreibung der externen Leistung

Herstellung von Druckerzeugnissen

4. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag

5. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

-

6. Stückkosten

je 100 bedruckte Seiten

7. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf die externe Leistung

Bisher wurden diese Leistungen nur in sehr geringem Umfang erbracht. Es ist jedoch eine Ausweitung, nach einer Erhöhung der Druckkapazität der Druckerei, geplant.

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu externer Leistung Nr. 2:

Bezeichnung: Vorbereitung und Durchführung von Fremdveranstaltungen

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Aufgrund einer Genehmigung oder Anweisung des Landtagspräsidenten

3. Kurzbeschreibung der externen Leistung

Überlassung von Räumlichkeiten des Landtags für verschiedene Veranstaltungen.

4. Empfänger

Vereine, Verbände, Organisationen, Privatpersonen

5. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Verrechnung der Aufwendungen nach Beratungseinheiten je Veranstaltung.

6. Stückkosten

130 EUR je Beratungseinheit

7. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf die externe Leistung

Nach Fertigstellung des neuen Plenargebäudes ist an eine Ausweitung der Veranstaltungen gedacht.

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Ausbildung von Rechtsreferendaren

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags und Dienststelle des Hessischen Datenschutzbeauftragten

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Justizausbildungsverordnung

3. Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Während ihrer Referendarzeit absolvieren die Rechtsreferendare einen Ausbildungsabschnitt (Pflichtwahlstation) in verschiedenen Bereichen der Kanzlei des Landtags und der Dienststelle des Hessischen Datenschutzbeauftragten.

4. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz bzw. Rechtsreferendare

5. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

20 Beratungseinheiten

6. Stückkosten

83,30 EUR je Beratungseinheit

7. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf die zwischenbehördliche Leistung

-

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 2:

Bezeichnung: Geschäftsführung der Härtefallkommission

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Beschluss des Landtags vom 16.12.2004 (Drucksache 16/3433) und § 23 a des Aufenthaltsgesetzes

3. Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Die geschäftsmäßige Abwicklung von Härtefallanträgen, die aus abgeschlossenen Petitionen resultieren können, wird im Auftrag der Härtefallkommission im Landtag wahrgenommen.

4. Empfänger

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

5. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

1.600 Beratungseinheiten

6. Stückkosten

67,40 EUR je Beratungseinheit

7. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf die zwischenbehördliche Leistung

-

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 3:

Bezeichnung: Veranstaltungen, Pressekonferenzen

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen

4. Empfänger

Ressorts und andere Organisationen der Landesregierung

5. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

15 Beratungseinheiten

6. Stückkosten

90,53 EUR je Beratungseinheit

7. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf die zwischenbehördliche Leistung

-

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 4:

Bezeichnung: Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im Auftrag der Landesregierung

4. Empfänger

Hessische Landesregierung

5. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

240 Beratungseinheiten

6. Stückkosten

115,40 EUR je Beratungseinheit

7. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf die zwischenbehördliche Leistung

-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2007 EUR	Soll 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	56.000	–	54.288
	500-509	Umsatzerlöse	56.000	–	54.288
	510-513	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit	–	–	–
	514-518	Sonstige Erträge	–	–	–
	519	Erlösminderungen	–	–	–
2	520-524	Bestandsveränderungen	–	–	–
3	525-529	aktivierte Eigenleistungen	–	–	–
4	530-539	Sonstige betriebliche Erträge	1.986.974	117.300	244.652
		Betriebsertrag	2.042.974	117.300	298.940
5	60/61	Bezogene Waren und Leistungen	1.049.750	1.372.600	996.901
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	329.000	371.900	323.945
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	185.750	161.100	156.567
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	288.300	467.500	227.533
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	246.700	372.100	288.856
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	–	–	–
6	620-649, 652, 655, 659	Personalaufwand	8.843.141	7.841.700	8.448.420
	620-626	Löhne	698.827	761.300	666.554
	627-632	Gehälter	2.855.319	2.333.200	2.691.804
	633-638	Bezüge	3.502.891	3.674.400	2.932.736
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	1.500	–	1.125
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.700.704	1.072.800	2.072.665
	652, 655, 659	Sonstige Personalaufwendungen	83.900	–	83.536
7	660-664, 666-667	Abschreibungen	2.795.312	1.042.400	1.137.524
8	650-651, 653-654, 656-658, 670-696, 699-709	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.480.584	2.881.100	17.642.758
	650-651, 653-654, 656-658	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	197.212	135.200	153.679
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2.066.022	1.912.500	1.039.620
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	1.209.050	807.800	648.422
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges, sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	2.800	20.400	15.795.653
	700-709	Betriebliche Steuern	5.500	5.200	5.384
		Betriebsaufwand	16.168.787	13.137.800	28.225.603
		Eigenergebnis	-14.125.813	-13.020.500	-27.926.663

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2007 EUR	Soll 2006 EUR	Ist 2005 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	-	-	57.449
9a	544	Erträge aus Produktabgeltungen	14.125.813	12.847.800	11.118.445
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	14.125.813	12.847.800	11.175.894
11	710-719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	-	177.000	128.933
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
		Leistungstransfers	-	177.000	128.933
		Steuer- und Leistungsergebnis	14.125.813	12.670.800	11.046.961
		Verwaltungsergebnis	-	-349.700	-16.879.702
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
		Finanzertrag	-	-	-
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	-	-	-
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
		Finanzaufwand	-	-	-
		Finanzergebnis	-	-	-
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-	-349.700	-16.879.702
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	-	349.700	16.548.695
		Außerordentlicher Ertrag	-	349.700	16.548.695
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	-	349.700	849.504
		Außerordentlicher Aufwand	-	349.700	849.504
		Außerordentliches Ergebnis	-	-	15.699.191
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-
		= Transferzuwendungen	-	-	-
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen f. Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen u. besondere Finanzausgaben	-	-	-
		= Transferzahlungen	-	-	-
		= Transferergebnis	-	-	-
		= Neutrales Ergebnis	-	-	15.699.191
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
		Jahresergebnis	-	-349.700	-1.180.511

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2007 EUR	Soll 2006 EUR	Ist 2005 EUR
22	544/548	Abgeltungen Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	29.413.984	26.032.500	26.951.110
	544	Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	29.413.984	26.032.500	26.951.110
	548	Erstattungen Legislative	–	–	–
		= Summe Erträge Legislative	29.413.984	26.032.500	26.951.110
23	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	29.413.984	26.032.500	26.951.110
		= Summe Aufwand Legislative	29.413.984	26.032.500	26.951.110
		= Ergebnis Legislative	–	–	–
24	539	Außerordentliche Erträge Legislative	–	–	–
		= Summe Außerordentliche Erträge Legislative	–	–	–
25	699	Außerordentliche Aufwendungen Legislative	–	–	–
		= Summe Außerordentliche Aufwendungen Legislative	–	–	–
		= Außerordentliches Ergebnis Legislative	–	–	–
		Jahresergebnis Legislative	–	–	–

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 1.868.424 EUR enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

2. **Zu VKR 680-689 und VKR 690-696, 699:**
Davon 67.000 EUR zur Verfügung des Landtagspräsidenten und der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.
3. **Zu VKR 544:**
Davon 92.789 EUR als Budget für Projekte und 138.964 EUR als Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2007 EUR	Soll 2006 EUR	Ist 2005 EUR
Mittelverwendung				
	Invest. in immat. Werte, Geschäftsbetrieb	109.600	59.100	89.846
000-049	Ausstehende Einlagen, immat. VG	109.600	59.100	89.846
	Invest. in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur	360.000	–	–
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastr., Infrastruktur im Bau	360.000	–	–
	Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA	1.157.540	3.677.100	166.338
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA, einschl. Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.157.540	3.677.100	166.338
	Investitionen in Finanzanlagen	–	–	–
100-169	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		1.627.140	3.736.200	256.184
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360	Sonderposten aus bedingt rückz. Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365	Sonderposten aus nicht rückz. Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
599	Rücklagenminderung zur Investitionsfinanzierung	–	–	–
Fremdfinanzierung				
435	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	1.627.140	3.736.200	256.184
Deckungsmittel zusammen		1.627.140	3.736.200	256.184

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2007 EUR	Soll 2006 EUR
Produktabgeltung lt. Leistungsplan	13.894.060	12.847.800
+ Investitionen lt. Finanzplan	1.627.140	3.736.200
– Abschreibungen (ohne Abschreibungen auf GWG's)	2.795.312	967.400
+ Budget für Projekte	92.789	–
+ Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse	138.964	–
– Zuführungen zur Pensionsrückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	611.258	–
+ Auflösung der Pensionsrückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	6.933	–
– Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	–	–
+/- Neutrales Ergebnis	–	–
+ Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Parteien und Fraktionen	29.413.984	26.032.500
– Zuführungen zur Pensionsrückstellung Abgeordnete	1.000.000	–
– Rückzahlungen von Abgeordneten, Parteien und Fraktionen	–	–
Kameraler Zuschuss	40.767.300	41.649.100

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2007 EUR	Ansatz 2006 EUR	IST 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				

01 01**Landtag**

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 mit Ausnahme der Gruppen 411, 529 und 684 sind gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 7 und 8. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.

E I N N A H M E N

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)**

111	011	Gebühren, sonstige Entgelte	—	—	—
119	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen	1 873 400	1 000	81 286
		1. Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- oder Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.			
		2. Vgl. Haushaltsvermerk zu Gruppe 411.			
124	011	Mieten und Pachten	169 500	115 300	113 756
125	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	—	—	281
132	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	—	1 000	700

**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit
Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)**

232	011	Sonstige Zuweisungen von Ländern	—	—	8 496
		Vgl. Haushaltsvermerk zu Gruppe 411.			
235	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	—	—	27 113
281	011	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	—	—	6 199
		Vgl. Haushaltsvermerk zu Gruppe 411.			

**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen
und Zuschüssen für Investitionen**

359	951	Sonstige Entnahmen	—	349 700	—
381	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	—	—	39 981
389	991	Sonstige Verrechnungen	—	—	—

37
Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2007 EUR	Ansatz 2006 EUR	IST 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				
Gesamteinnahmen Kapitel 01 01		2 042 900	467 000	277 812

Kapitel 01 01 Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2007 EUR	Ansatz 2006 EUR	IST 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				

A U S G A B E N

Personalausgaben

411	011	Aufwendungen für Abgeordnete	21 244 600	20 855 700	20 243 680
		1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der Isteinnahmen bei Gruppen 119, 232 und 281, soweit es sich um Erstattungen der zu Lasten der Gruppe 411 geleisteten Ausgaben handelt, geleistet werden.			
		2. Minderausgaben dürfen zur Deckung von Mehrausgaben infolge Abordnung von Bediensteten, die während der Tätigkeit von Untersuchungsausschüssen und Enquetekommissionen den Fraktionen des Hessischen Landtags sowie der / dem Vorsitzenden des jeweiligen Gremiums zur Dienstleistung zur Verfügung stehen, herangezogen werden.			
412	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	100	—
422	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	3 414 900	3 663 000	2 853 815
		1. Vgl. Haushaltsvermerk bei Gruppe 411.			
		2. Minderausgaben erhöhen die Ausgabeermächtigung für Zahlungen an Fraktionen (Gruppe 684), soweit die Minderausgaben entstehen, weil Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden dürfen, von Fraktionen nicht in Anspruch genommen werden.			
425	011	Vergütungen der Angestellten	3 721 600	3 062 900	3 415 405
		1. Vgl. Haushaltsvermerke bei Gruppe 411.			
		2. Minderausgaben erhöhen die Ausgabeermächtigung für Zahlungen an Fraktionen (Gruppe 684), soweit die Minderausgaben entstehen, weil Stellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden dürfen, von Fraktionen nicht in Anspruch genommen werden.			
426	011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter.	899 600	998 400	826 797
427	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	11 500	57 000	79 195
453	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen.	1 500	6 000	3 365
459	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—
461	981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben.	—	—	—

Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst

511	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	960 800	916 300	576 547
514	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	124 000	99 000	103 184
517	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume.	402 000	632 800	550 664
518	011	Mieten und Pachten.	689 500	692 000	347 994
519	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.	116 200	300 000	188 760
525	011	Aus- und Fortbildung	36 600	45 000	23 091
526	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	153 600	200 000	146 620
527	011	Dienstreisen	53 400	63 000	51 564

Kapitel 01 01 Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2007 EUR	Ansatz 2006 EUR	IST 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				
529	011 Verfügungsmittel	67 000	67 000	63 876
531	011 Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit	484 700	536 600	346 015
	Amtliche Druckwerke und Veröffentlichungen des Landtags dürfen an öffentliche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.			
536	011 Verfahrensauslagen.....	—	2 000	—
537	011 Beförderungskosten.....	5 000	—	2 525
538	011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	942 600	645 600	353 046
542	061 Steuern und Abgaben	—	—	—
545	011 Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung.....	244 600	166 100	132 592
546	011 Vermischter Sachaufwand	150 000	—	229
547	011 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.....	300	—	—
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
671	011 Erstattungen an Inland	81 900	81 900	81 900
681	011 Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen.....	—	—	—
684	011 Mittel nach Maßgabe des Fraktionsgesetzes, des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes	7 199 900	5 176 800	5 418 187
	1. Die Mittel sind übertragbar.			
	2. Vgl. Haushaltsvermerke bei Gruppen 422 und 425.			
685	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	2 600	179 600	116 838
	Aus der Gruppe können auch persönliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.			
687	011 Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht an die EU).....	—	—	—
Baumaßnahmen				
711	011 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
811	011 Erwerb von Fahrzeugen	—	—	—
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen...	1 330 300	3 419 000	151 089
Besondere Finanzierungsausgaben				
917	951 Zuführungen an Versorgungsrücklagen.....	—	—	—

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2007 EUR	Ansatz 2006 EUR	IST 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				
919	951 Sonstige Zuführungen	—	—	849 339
981	991 Verrechnungen zwischen Kapiteln	136 800	119 700	17 881
989	991 Sonstige Verrechnungen	334 700	130 600	113 925
	Gesamtausgaben Kapitel 01 01	42 810 200	42 116 100	37 058 124

Abschluss Kapitel 01 01

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	2 042 900	117 300	196 024
2	Übertragungseinnahmen	—	—	41 808
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	—	349 700	39 981
	Gesamteinnahmen	2 042 900	467 000	277 812
4	Personalausgaben	29 293 700	28 643 100	27 422 257
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	4 430 300	4 365 400	2 886 707
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	7 284 400	5 438 300	5 616 926
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	1 330 300	3 419 000	151 089
9	Besondere Finanzierungsausgaben	471 500	250 300	981 145
	Gesamtausgaben	42 810 200	42 116 100	37 058 124
	Zuschuss/Überschuss	-40 767 300	-41 649 100	-36 780 312

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

A. Vorbemerkungen

Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat als unabhängige, nicht der Steuerung der Landesregierung unterliegende oberste Landesbehörde nach dem Hessischen Datenschutzgesetz folgende Aufgaben:

Er hat das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger gegenüber allen Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie den der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen sicherzustellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen.

Ferner soll er das auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhende verfassungsmäßige Gefüge des Staates, insbesondere die Beziehungen der Verfassungsorgane des Landes und der Organe kommunaler Selbstverwaltung untereinander und zueinander, vor einer Gefährdung infolge der automatisierten Datenverarbeitung bewahren.

Die Aufgabenwahrnehmung des Hessischen Datenschutzbeauftragten erstreckt sich auf die Durchführung von anlassbezogenen und anlassunabhängigen Kontrollen, sowie auf die Beratung der seiner Zuständigkeit unterliegenden Stellen und Parlamente in allen Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit und des freien Zugangs zu Informationen (vgl. insbes. §§ 24, 25 HDSG). Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat dabei mit Behörden und sonstigen Stellen, die für die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz in Bund und Ländern im öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich zuständig sind, zusammenzuarbeiten.

Mehr als die Hälfte der Arbeiten des Hessischen Datenschutzbeauftragten sind nicht vorausplanbar, weil sie auf Anfragen zur Beratung und Kontrolle von Personen ebenso wie von öffentlichen Stellen und auf Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern beruhen oder die Mitarbeit bei der Normsetzung betreffen. Die Stellung des Datenschutzbeauftragten gebietet es, flexibel und möglichst zeitnah solche von außen angestoßenen Arbeiten durchzuführen und ggf. geplante Arbeiten zurückzustellen. In den Erläuterungen zum Leistungsplan des Produktplans finden sich deshalb keine Kennzahlen. Dem Zweck der Außensteuerung dienende produktspezifische Kennzahlen dürften schon wegen der besonderen Stellung nach § 22 HDSG und der EG-Datenschutzrichtlinie, wonach eine Steuerung der Aufgabenerfüllung des Hessischen Datenschutzbeauftragten von außen unzulässig ist, nicht entwickelt werden. Interne Steuerungsinstrumente wie Jahresplanung und Erfolgskontrolle sind demgegenüber seit langem vorhanden.

Der Hessische Datenschutzbeauftragte übt sein Amt im Nebenamt aus; seine Vergütung wird durch einen Vertrag geregelt (§ 21 HDSG). Die Personal- und Sachausstattung ist ihm vom Präsidenten des Hessischen Landtags zur Verfügung zu stellen und im Einzelplan des Landtags in einem eigenen Kapitel auszuweisen (§ 31 HDSG).

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich grundsätzlich nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Überschreitungen / Unterschreitungen von Mengen und Kosten sind je Produkt im Rahmen der Produktabgeltung bis zu 35 v.H. der jeweiligen Produktmenge zulässig.

Die Ansätze der beiden Produkte sind gegenseitig deckungsfähig.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

In der Einführungsphase des Produkthaushalts können Abweichungen vom festgelegten Korridor bei Überschreitungen / Unterschreitungen von Mengen genehmigt werden.

Erfolgsplan

50 v. H. des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in Form einer Gewinnrücklage eingestellt werden. Der Restbetrag ist an den Landeshaushalt abzuführen.

Finanzplan

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kameralem Rumpfhaushalt

Haushaltsvermerke zum kameralem Rumpfhaushalt sind bei diesem ausgebracht.

Zum 31.12.2005 besteht eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 138.669,46 EUR.

Zum 31.12.2005 besteht eine Investitionsrücklage in Höhe von 21.845,65 EUR.

D. Sonstige Bemerkungen

Abführungen an andere Buchungskreise

Pro beihilfeberechtigtem Beamten (Stand 01.02.2006) führt der Hessische Datenschutzbeauftragte 1.950 EUR an den Buchungskreis 2520 (Sonstige Zentrale Aufgaben) ab. Es ist ein Abführungsbetrag in Höhe von insgesamt 39.000 EUR geplant.

Für das Tarifpersonal (Stand 01.02.2006) führt der Hessische Datenschutzbeauftragte mandantenbezogene Beitragsleistungen zur gesetzlichen Unfallversicherung an den Buchungskreis 2799 (Besondere Transferleistungen) ab. Es ist ein Abführungsbetrag in Höhe von insgesamt 1.200 EUR geplant.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind folgende Kosten auf den betroffenen Kostenstellen und Innenaufträgen geplant:

Hessische Bezügestelle (HBS)	3.900 Euro
Hessisches Competence Center (F-HCC und HCC-Schulung)	9.100 Euro

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	Produkte / Projekte	Soll 2007				
		Menge 1)	Gesamtkosten	Eigene Erlöse	Produktabgeltung	Ergebnis
Produkte						
6	Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen	21.478	2.027	0	2.027	0
7	Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament	2.373	230	0	230	0
Summe			2.257	0	2.257	0

1) Bei unterschiedlicher Zählgröße sowie Veränderungen gegenüber dem Vorjahr siehe nähere Angaben auf Produktblatt

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2006					Ist 2005				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
-	0	0	0	0	-	0	0	0	0
	0	0	0	0		0	0	0	0

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 6:

Bezeichnung: Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen

1. Erbringer (z.B. zuständige Dienststelle)

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Hessisches Datenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung und eine Vielzahl von Fachgesetzen aus allen Verwaltungsbereichen

3. Kurzbeschreibung des Produkts/Leistungen zum Produkt

Beratung und Kontrolle der der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten nach § 3 HDSG unterliegenden öffentlichen Stellen im Hinblick auf die Sicherstellung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung von Personen. Die Erbringung der Leistungen zu diesem Produkt basiert zum einen Teil auf anlassunabhängigen Planungen zum anderen Teil auf Beantwortung von Anfragen und Beschwerden von Behörden und von Personen, die ihr Recht nach § 28 HDSG wahrnehmen. Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Prüfung und Beratung
- Bürger-/Behördenanfragen
- Durchführung von Schulungen
- Marktbeobachtung / Test IT
- EU-/Bund-/Länder-Arbeitskreise
- Sonderprojekt Recht / IT

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht.

Ziel der Arbeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

5. Empfänger

Alle der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten unterliegenden öffentlichen Stellen sowie jede oder jeder, die oder der das Anrufungsrecht nach § 28 HDSG ausübt.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Bereitstellung von Beratungseinheiten (Stunden)

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten

21.478 Beratungseinheiten entsprechen 94,38 EUR je Beratungseinheit

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Kostenartenschichtung (in EUR)

Personalkosten	1.152.478
Sachkosten	153.537
Kalkulatorische Kosten	30.661
Sonstige Kosten *	691.367
Gesamtkosten	2.028.043
Erlöse	800
Produktabgeltung	2.027.243

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen nicht entwickelt. Interne Steuerungsinstrumente sind vorhanden.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

-

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

-

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

-

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

-

8.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

-

9. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Produkt

Der Beratungsaufwand wird absehbar durch die verstärkte Einführung landesweiter Verfahren (z.B. im E-Government-Bereich) deutlich zunehmen. Damit sind Verschiebungen hin zu aufwändiger längerfristigen Beratungen zu Lasten anlassunabhängiger Prüfungen zu erwarten.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 7:

Bezeichnung: Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament

1. Erbringer (z.B. zuständige Dienststelle)

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Hessisches Datenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung-

3. Kurzbeschreibung des Produkts/Leistungen zum Produkt

Angelehnt an die Standardprodukte der Hessischen Ministerien Anfragen und Initiativen aus dem Parlament“ und Normsetzung“ sind in diesem Produkt alle Arbeiten zusammengefasst, die in die Beratung von Regierung und Parlament im Zusammenhang mit Normsetzung oder die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen einfließen. Dazu gehört auch die Erstellung von Gutachten für die Landesregierung zu Fragen des Datenschutzes und zum freien Zugang zu Informationen sowie die Erstellung des jährlichen Tätigkeitsberichtes.

Leistungen sind:

- Stellungnahmen zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus Regierung und Parlament
- Erstellung des Tätigkeitsberichtes

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht.

Ziel der Arbeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

5. Empfänger

Hessischer Landtag und Fraktionen sowie Hessische Landesregierung

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Bereitstellung von Beratungseinheiten (Stunden)

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten

2.373 Beratungseinheiten entsprechen 96,81 EUR je Beratungseinheit

Kostenartenschichtung (in EUR)

Personalkosten	135.749
Sachkosten	24.337
Kalkulatorische Kosten	2.961
Sonstige Kosten *	66.684
Gesamtkosten	229.731
Erlöse	-
Produktabgeltung	229.731

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

8. Produktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen nicht entwickelt. Einer internen Steuerung ist dieser Teil nur bei Initiativen des Hessischen Datenschutzbeauftragten zugänglich. Bei Anfragen und Stellungnahmen hängt die Intensität der Beratung wesentlich von den Empfängern und den fachlichen Erfordernissen ab.

8.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

-

8.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

-

8.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

-

8.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

-

8.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

-

9. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Produkt

Entwicklungen bei der Gesetzgebung haben maßgeblichen Einfluss.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2007 EUR	Soll 2006 EUR	Ist 2005 EUR
1	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	–	–	13.221
	500-509	Umsatzerlöse	–	–	13.221
	510-513	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit	–	–	–
	514-518	Sonstige Erträge	–	–	–
	519	Erlösminderungen	–	–	–
2	520-524	Bestandsveränderungen	–	–	–
3	525-529	aktivierte Eigenleistungen	–	–	–
4	530-539	Sonstige betriebliche Erträge	800	6.300	9.987
		Betriebsertrag	800	6.300	23.208
5	60/61	Bezogene Waren und Leistungen	47.086	67.300	65.400
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	21.500	18.400	18.569
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	12.500	21.100	8.799
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	12.660	9.800	37.751
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	426	18.000	281
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	–	–	–
6	620-649, 652, 655, 659	Personalaufwand	1.747.925	1.495.600	2.635.720
	620-626	Löhne	–	–	–
	627-632	Gehälter	286.372	306.000	272.701
	633-638	Bezüge	1.087.173	1.082.000	1.047.778
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	5.600	5.600	5.522
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	368.780	102.000	1.309.719
	652, 655, 659	Sonstige Personalaufwendungen	–	–	–
7	660-664, 666-667	Abschreibungen	41.986	35.000	44.723
8	650-651, 653-654, 656-658, 670-696, 699-709	Sonstige betriebliche Aufwendungen	421.602	207.600	160.106
	650-651, 653-654, 656-658	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	13.315	19.000	7.279
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	313.987	95.900	82.485
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	91.300	91.400	69.261
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges, sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	1.100	1.100	695
	700-709	Betriebliche Steuern	1.900	200	386
		Betriebsaufwand	2.258.599	1.805.500	2.905.949
		Eigenergebnis	-2.257.799	-1.799.200	-2.882.741

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2007 EUR	Soll 2006 EUR	Ist 2005 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	-	-	-
9a	544	Erträge aus Produktabgeltungen	2.257.799	1.764.400	2.912.748
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	2.257.799	1.764.400	2.912.748
11	710-719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	-	-	-
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
		Leistungstransfers	-	-	-
		Steuer- und Leistungsergebnis	2.257.799	1.764.400	2.912.748
		Verwaltungsergebnis	-	-34.800	30.007
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
		Finanzertrag	-	-	-
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	-	-	-
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
		Finanzaufwand	-	-	-
		Finanzergebnis	-	-	-
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-	-34.800	30.007
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	-	34.800	-
		Außerordentlicher Ertrag	-	34.800	-
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	-	34.800	30.007
		Außerordentlicher Aufwand	-	34.800	30.007
		Außerordentliches Ergebnis	-	-	-30.007
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-
		= Transferzuwendungen	-	-	-
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen f. Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen u. besondere Finanzausgaben	-	-	-
		= Transferzahlungen	-	-	-
		= Transferergebnis	-	-	-
		= Neutrales Ergebnis	-	-	-30.007
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
		Jahresergebnis	-	-34.800	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2007 EUR	Soll 2006 EUR	Ist 2005 EUR
22	544/548	Abgeltungen Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
	544	Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
	548	Erstattungen Legislative	-	-	-
		= Summe Erträge Legislative	-	-	-
23	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
		= Summe Aufwand Legislative	-	-	-
		= Ergebnis Legislative	-	-	-
24	539	Außerordentliche Erträge Legislative	-	-	-
		= Summe Außerordentliche Erträge Legislative	-	-	-
25	699	Außerordentliche Aufwendungen Legislative	-	-	-
		= Summe Außerordentliche Aufwendungen Legislative	-	-	-
		= Außerordentliches Ergebnis Legislative	-	-	-
		Jahresergebnis Legislative	-	-	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Diese Erlöse sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 800,-- EUR enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

2. **Zu VKR 670-679:**
Davon 220.000 EUR für die Anmietung des Dienstgebäudes des Hessischen Datenschutzbeauftragten.
3. **Zu VKR 680-689 und VKR 690-696, 699:**
Davon 2.000 EUR zur Verfügung des Hessischen Datenschutzbeauftragten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2007 EUR	Soll 2006 EUR	Ist 2005 EUR
Mittelverwendung				
	Invest. in immat. Werte, Geschäftsbetrieb	4.140	–	3.814
000-049	Ausstehende Einlagen, immat. VG	4.140	–	3.814
	Invest. in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur	3.500	–	-2.478
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastr., Infrastruktur im Bau	3.500	–	-2.478
	Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA	12.500	5.000	8.490
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA, einschl. Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.500	5.000	8.490
	Investitionen in Finanzanlagen	–	–	–
100-169	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		20.140	5.000	9.826
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360	Sonderposten aus bedingt rückz. Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365	Sonderposten aus nicht rückz. Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
599	Rücklagenminderung zur Investitionsfinanzierung	–	–	–
Fremdfinanzierung				
435	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	20.140	5.000	9.826
Deckungsmittel zusammen		20.140	5.000	9.826

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2007 EUR	Soll 2006 EUR
+ Produktabgeltung lt. Leistungsplan (Gesamtsumme)	2.257.799	1.764.400
+ Investitionen lt. Finanzplan	20.140	5.000
– Abschreibungen (ohne Abschreibungen auf GWG's)	41.986	33.000
+ Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse	–	–
– Zuführungen zur Pensionsrückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	249.890	–
+ Auflösung der Pensionsrückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	3.737	–
– Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	–	–
+/- Neutrales Ergebnis	–	–
Kameraler Zuschuss	1.989.800	1.736.400

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2007 EUR	Ansatz 2006 EUR	IST 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				

A U S G A B E N

Personalausgaben

422	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	1 103 200	1 082 000	1 048 682
425	011	Vergütungen der Angestellten	370 000	370 000	350 250
427	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5 600	5 600	5 522
453	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen.....	—	—	—
459	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—
461	981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben.....	—	—	—

**Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den
Schuldendienst**

511	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.....	57 700	63 000	47 496
514	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.....	5 000	8 000	2 544
517	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume...	53 500	60 000	50 848
518	011	Mieten und Pachten.....	226 400	6 400	5 854
519	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.....	6 000	6 000	32 832
525	011	Aus- und Fortbildung	11 500	19 000	5 307
526	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.....	4 600	4 000	4 976
527	011	Dienstreisen	46 000	46 000	33 620
529	011	Verfüungsmittel	2 000	2 000	816
531	011	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit	18 300	18 000	17 013
		Eigene Veröffentlichungen dürfen an öffentliche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen, einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.			
537	011	Beförderungskosten.....	—	—	—
538	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	41 900	36 800	29 348
542	061	Steuern und Abgaben	—	—	—
546	011	Vermischter Sachaufwand	—	—	—

**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit
Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)**

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2007 EUR	Ansatz 2006 EUR	IST 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				
685	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	1 100	1 100	479
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen...	—	5 000	—
Besondere Finanzierungsausgaben				
917	951 Zuführungen an Versorgungsrücklagen	—	—	—
919	951 Sonstige Zuführungen	—	—	30 007
981	991 Verrechnungen zwischen Kapiteln	40 200	38 000	5 266
989	991 Sonstige Verrechnungen	13 000	6 600	5 602
	Gesamtausgaben Kapitel 01 03	2 006 000	1 777 500	1 676 461
 Abschluss Kapitel 01 03				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	800	800	4 406
2	Übertragungseinnahmen	—	5 500	5 743
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	15 400	34 800	—
	Gesamteinnahmen	16 200	41 100	10 149
4	Personalausgaben	1 478 800	1 457 600	1 404 453
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	472 900	269 200	230 654
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	1 100	1 100	479
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	—	5 000	—
9	Besondere Finanzierungsausgaben	53 200	44 600	40 875
	Gesamtausgaben	2 006 000	1 777 500	1 676 461
	Zuschuss/Überschuss	-1 989 800	-1 736 400	-1 666 312

**Kapitel 01 98
Versorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer		2007 EUR	2006 EUR	2005 EUR

01 98**Versorgung****Zu Kapitel 01 98:**

Im Haushaltsjahr 2002 wurde der Epl. 14 aufgelöst. Die bisher bei Kap. 14 03 veranschlagten Versorgungsbezüge werden seither dezentral in den Ressorthaushalten ausgebracht. Sonderfälle der Versorgung (bisher Kap. 14 04) sowie die mit der Versorgung in Zusammenhang stehenden Einnahmen werden in Kap. 17 18 ausgewiesen.

EINNAHMEN

Gesamteinnahmen Kapitel 01 98

—

—

—

Kapitel 01 98 Versorgung

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2007 EUR	Ansatz 2006 EUR	IST 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				

A U S G A B E N

Die Ansätze für Versorgungsbezüge sind gegenseitig deckungsfähig.

Personalausgaben

432	01	018	Allgemeine Versorgung	1 082 600	1 075 700	1 017 498
432	11	018	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der allgemeinen Versorgung	278 700	278 700	253 467
461	01	981	Globale Mehrausgaben für Versorgungsbezüge	—	—	—

Besondere Finanzierungsausgaben

989	01	991	Zwischenbehördliche Leistungsverrechnung	18 600	2 900	3 575
-----	----	-----	--	--------	-------	-------

Erläuterungen:

1.	Zur internen Leistungsverrechnung mit der Hessischen Bezügestelle (HBS) für die Versorgungsberechnung . . .	2 900	EUR
2.	Zur internen Leistungsverrechnung mit dem Hessischen Competence Center (HCC)	15 700	EUR
Zusammen		18 600	EUR

Gesamtausgaben Kapitel 01 98	1 379 900	1 357 300	1 274 540
------------------------------------	-----------	-----------	-----------

Abschluss Kapitel 01 98

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	—	—	—
2	Übertragungseinnahmen	—	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	—	—	—

Gesamteinnahmen	—	—	—
------------------------------	---	---	---

4	Personalausgaben	1 361 300	1 354 400	1 270 965
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	—	—	—
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	—	—	—
9	Besondere Finanzierungsausgaben	18 600	2 900	3 575

Gesamtausgaben	1 379 900	1 357 300	1 274 540
-----------------------------	-----------	-----------	-----------

Zuschuss/Überschuss	-1 379 900	-1 357 300	-1 274 540
----------------------------------	------------	------------	------------

Abschluss für den Einzelplan 01
Haushaltsjahr 2007

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungseinnahmen	Vermögenswirks. und bes. Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
01 01	Landtag	—	2.042.900	—	—	2.042.900
01 03	Datenschutzbeauftragter	—	800	—	15.400	16.200
01 98	Versorgung	—	—	—	—	—
	Insgesamt:	—	2.043.700	—	15.400	2.059.100

Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bau- maßnahmen	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
29.293.700	4.430.300 —	7.284.400	—	1.330.300	471.500	42.810.200	-40.767.300
1.478.800	472.900 —	1.100	—	—	53.200	2.006.000	-1.989.800
1.361.300	— —	—	—	—	18.600	1.379.900	-1.379.900
32.133.800	4.903.200 —	7.285.500	—	1.330.300	543.300	46.196.100	-44.137.000

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2007

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2007 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2008 EUR	2009 EUR	2010 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7

Es wurden im Haushaltsjahr 2007 keine Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

**STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN**

Kapitel 01 01 Landtag

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2007	(2006)	
Feste Gehälter				
B 8	(001)	1		Direktor/in beim Hessischen Landtag Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 1.125 EUR.
B 6	(001)	2		Ministerialdirigent/in
B 3	(001)	3		Leitender/de Ministerialrat/rätin davon: 3 Stellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(100)	0,5		Altersteilzeitstelle/n
A 16	(001)	18		Ministerialrat/rätin davon: 7 Stellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
A 15	(001)	19		Regierungsdirektor/in davon: 7 Stellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 1 Stelle, die für das Budgetbüro vorgesehen ist
A 14	(001)	10		Regierungsoberrat/rätin davon: 3 Stellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 3 Stellen, die für das Budgetbüro vorgesehen sind
A 13 h.D.	(001)	7		Regierungsrat/rätin
A 12	(001)	5	(4)	Amtsrat/rätin
A 11	(001)	1,5		Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	2,5		Oberinspektor/in davon: 1 Stelle für die Besetzung mit Schwerbehinderten, die bis zu 0,78 v.H. in Anspruch genommen werden darf und bei Freiwerden nach Kap. 03 01 umzusetzen ist
		69,5	(68,5)	

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2006	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2007				
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2007		Hebungen 2007		Umset- zungen/ Umwandl. 2007		Sonstige Verände- rungen 2007					
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12										
A 12	(001)	4,0												1,0						5,0	
Versch.		64,5																		64,5	
Zusammen		68,5												1,0						69,5	

Zu Spalte 10: A 12 durch Umsetzung und Umwandlung einer Arbeiterstelle aus Kapitel 07 30 - 426 für eine/n Sachbearbeiter/in

Fraktionsassistenten

Mittel für insgesamt 20 Bedienstete, die den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden können, sind im Ansatz bei Gruppe 422 enthalten.

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2007	(2006)
----------	---------	-----------------	----------

Aufsteigende Gehälter

A 16	(981)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
A 15	(976)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 13 h.D.	(960)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
A 11	(976)	0,5	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
		3,5	(3,5)

Kapitel 01 01 Landtag

STELLENÜBERSICHT

425 00

Stellenübersicht

über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen		
		2007	(2006)	
Tarifliche Angestellte				
II a	(001)	3	(2)	
III	(001)	4		
				davon: 1 Stelle, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden kann
IV a	(001)	4		
IV b	(001)	7	(5)	
V b	(001)	8		
				1 Stelleninhaber hat Dienstwohnung
V c	(001)	22	(21)	
VI b	(001)	10,5	(9)	
				davon: 0,5 Stelle für die Besetzung mit Schwerbehinderten. Bei Freiwerden ist sie nach Kapitel 03 01 umzusetzen.
VII	(001)	13	(12)	
Ang.	(001)	3		Auszubildende
		74,5	(68)	

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

425 00

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2006	Veränderungen aufgrund von / durch												Stellen lt. Haus- halts- plan 2007				
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2007		Hebungen 2007			Umset- zungen/ Umwandl. 2007		Sonstige Verände- rungen 2007	
			+	-	+	+	-	+	-	+	-	+	-	+		-	+	-	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
II a	(001)	2,0												1,0				3,0	
IV b	(001)	5,0												2,0				7,0	
V c	(001)	21,0												1,0				22,0	
VI b	(001)	9,0												1,5				10,5	
VII	(001)	12,0												1,0				13,0	
Versch.		19,0																19,0	
Zusammen		68,0												6,5				74,5	

Zu Spalte 10: II a BAT durch Umsetzung und Umwandlung einer Arbeiterstelle aus Kapitel 07 30 - 426 für eine/n Referent/in
 1 IV b BAT durch Umsetzung und Umwandlung einer Arbeiterstelle für eine/n Sachbearbeiter/in
 1 IV b BAT durch Umsetzung und Umwandlung einer Arbeiterstelle für eine/n Haustechniker/in
 V c BAT durch Umsetzung und Umwandlung einer Arbeiterstelle aus Kapitel 07 30 - 426 für eine/n Mitarbeiter/in
 1 VI b BAT durch Umsetzung und Umwandlung einer Arbeiterstelle aus Kapitel 07 30 - 426 für eine/n Mitarbeiter/in
 0,5 VI b BAT durch Umsetzung aus Kapitel 03 01 - 425 33 (Integrationsfonds)
 VII BAT durch Umsetzung und Umwandlung einer Arbeiterstelle aus Kapitel 07 30 - 426 für eine/n Parlamentsbotin/
 -boten

Fraktionsassistenten

Mittel für 1 Bedienstete/n, die/der den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden kann, sind im Ansatz bei Gruppe 425 enthalten.

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1a und 1b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg.Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach Verg. Gr. VII bis IX BAT zu vergüten.

STELLENÜBERSICHT

425 00

Stellenübersicht

Leerstellen (Angestellte)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen	
		2007	(2006)

Tarifliche Angestellte

V c	(992)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
-----	---------	---	--

1	(1)
---	-------

Kapitel 01 01 Landtag

STELLENÜBERSICHT

426 00

Stellenübersicht über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen		
		2007	(2006)	
Arb.	(001)	27,5	(29,5)	Arbeiter/in
Arb.	(000)	1	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
		28,5	(30)	

ERLÄUTERUNGEN

426 00

Änderung der Stellenübersicht für Arbeiter

Lohngr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2006	Veränderungen aufgrund von / durch												Stellen lt. Haus- halts- plan 2007				
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2007		Hebungen 2007			Umset- zungen/ Umwandl. 2007		Sonstige Verände- rungen 2007	
			+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		+	-		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
Arb.	(000)	0,5			0,5													1,0	
Arb.	(001)	29,5												2,0				27,5	
Versch.		0,0																0,0	
Zusammen		30,0			0,5									2,0				28,5	

Zu Spalte 6: 0,5 Altersteilzeitstelle kw nach § 9 Abs. 2 HG

Zu Spalte 10: Wegfall infolge Umwandlung von zwei Arbeiterstellen in zwei Stellen der Verg.Gr. IV b für eine/n Sachbearbeiter/in und eine/n Haustechniker/in.

STELLENÜBERSICHT

426 00

Stellenübersicht Leerstellen (Arbeiter)

Lohngr.	Kennung	Stellen		
		2007	(2006)	
Arb.	(992)	-	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
		-	(1)	

Kapitel 01 01 Landtag

E R L Ä U T E R U N G E N

426 00

Änderung der Stellenübersicht Leerstellen für Arbeiter

Lohngr.	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2006	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2007		
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG				Haus- halts- vermerken	neue/weg- gefallene Stellen 2007		Hebungen 2007		Umset- zungen/ Umwandl. 2007			Sonstige Verände- rungen 2007	
			+	-	+	+	-	+	-		+	-	+	-	+	-		+	-
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
Arb.	(992)	1,0									1,0								0,0
Versch.		0,0																	0,0
Zusammen		1,0									1,0								0,0

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes

Kapitel 01 03 Datenschutzbeauftragter

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen		
		2007	(2006)	
Feste Gehälter				
B 3	(001)	1		Leitender/de Ministerialrat/rätin
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(001)	5	(3)	Ministerialrat/rätin
A 15	(001)	5	(7)	Regierungsdirektor/in
A 14	(001)	1		Regierungsoberrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	5		Oberamtsrat/rätin
A 13 g.D.	(002)	1		Technischer/sche Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	1		Amtsrat/rätin
		19	(19)	

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2006	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2007				
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2007		Hebungen 2007		Umset- zungen/ Umwandl. 2007			Sonstige Verände- rungen 2007			
			+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12										
A 16	(001)	3,0											2,0								5,0
A 15	(001)	7,0													2,0						5,0
Versch.		9,0																			9,0
Zusammen		19,0											2,0	2,0							19,0

Zu Spalte 9: 2 A 16 infolge Hebung von Bes.Gr. A 15 für Referatsleiter/innen

Vgl. Erläuterung zu 425 01 (kw-Vermerke).

Kapitel 01 03 Datenschutzbeauftragter

STELLENÜBERSICHT

425 00

Stellenübersicht

über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen	
		2007	(2006)
Tarifliche Angestellte			
I a	(001)	1	
III	(001)	1	
IV a	(001)	0,5	
IV b	(001)	1	
V c	(001)	2,5	(2)
VI b	(001)	-	(1)
		6	(6,5)

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

425 00

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2006	Veränderungen aufgrund von / durch												Stellen lt. Haus- halts- plan 2007				
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2007		Hebungen 2007			Umset- zungen/ Umwandl. 2007		Sonstige Verände- rungen 2007	
			+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		+	-		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18		
V c	(001)	2,0					0,5					1,0						2,5	
VI b	(001)	1,0												1,0				0,0	
Versch.		3,5																3,5	
Zusammen		6,5					0,5					1,0	1,0					6,0	

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Umsetzung des kw-Vermerkes

Zu Spalte 9: Vc infolge Hebung von Verg.Gr. VIb BAT

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Zu 422 01 und 425 01: Insgesamt werden 3,5 Plan-/Stellen kw gestellt.
Die kw-Vermerke greifen nicht, wenn ein Anspruch von Bediensteten auf Ausweitung der Arbeitszeit besteht bzw. bei Wiederaufnahme der Beschäftigung in Fällen des § 10 Abs. 2 HG.

